



Ursprung: Antrag
Initiator: SPD, Vollmert, Frank
Beitritt: B'go Die Grünen

Beratungsfolge	Gremium	Sitzung	Erledigungsart
16.10.2024	BVV	BVV-047/VI	ohne Änderungen in der BVV beschlossen

Beschluss

Betr.: Keine Kürzungen in den Bezirken - soziale Infrastruktur schützen und erhalten

Die Bezirksverordnetenversammlung beschließt:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Finanzen dafür einzusetzen, dass es bei den anstehenden Haushaltseinsparungen keine Kürzungen zu Lasten der Bezirke geben darf und dass die Landesmittel für die auftragsweise Bewirtschaftung durch die Bezirke unangetastet bleiben.

Ebenfalls wird das Bezirksamt aufgefordert, die ablehnende Haltung der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg der Senatsverwaltung deutlich zu machen, da die wichtigen Aufgaben der Bezirke wie Angebote für Kinder und Jugendliche, die Auszahlung des Bürgergeldes, Angebote im Bereich Sucht und Obdachlosigkeit, Kultur und vieles mehr essentiell für die soziale Infrastruktur und das Funktionieren unserer Stadt sind.

Friedrichshain-Kreuzberg, den 17.10.2024

Vorsteher Herr Heck, Werner ,
(Antragsteller/in, Fragesteller/in bzw. Berichterstatter/in)



Drucksache: **DS/1328/VI**

Ursprung: Antrag
Initiator: SPD, Vollmert, Frank
Beitritt:

Beratungsfolge	Gremium	Sitzung	Erledigungsart
16.10.2024	BVV		

Antrag

Betr.: Keine Kürzungen in den Bezirken - soziale Infrastruktur schützen und erhalten

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Finanzen dafür einzusetzen, dass es bei den anstehenden Haushaltseinsparungen keine Kürzungen zu Lasten der Bezirke geben darf und dass die Landesmittel für die auftragsweise Bewirtschaftung durch die Bezirke unangetastet bleiben.

Begründung:

Angesichts der vom Land verhängten Haushaltssperre auch für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wird unser Handlungsspielraum und Planungssicherheit massiv gefährdet. Mit dem vorläufigen Verbot, Verträge für das kommende Haushaltsjahr abzuschließen oder Bescheide auszureichen, ist die soziale Infrastruktur bedroht. Beispielhaft wäre die Kältehilfe oder die Jugendhilfe betroffen.

Mit dem Beschluss des Doppelhaushaltes 2024/2025 haben die Bezirke bereits einen reduzierten, aber klaren finanziellen Rahmen zugewiesen bekommen und er begründete die Grundlage für die bezirklichen Planungen. Eine erneute Absenkung durch das Land würde alle demokratisch gefassten Beschlüsse untergraben und die Funktionstüchtigkeit der Bezirke in Frage stellen.

Friedrichshain-Kreuzberg, den 08.10.2024

SPD Herr Vollmert, Frank
(Antragsteller/in, Fragesteller/in bzw. Berichterstatter/in)